

Die Europäische Union braucht keine hegemonialen Mächte

Antonios Beys-Kamnarokos im Gespräch mit Ulrich Krüger

Herr Beys-Kamnarokos, Sie haben in der Podiumsdiskussion auf dem Landesforum der DVPB NW am 19.11.2013 in Bochum zum Thema "Europa zwischen Inklusion und Exklusion?" kritische Worte sowohl für die Politiker in Griechenland als auch für die politische Führung in Deutschland gefunden. Sind Sie eher Pessimist oder eher Optimist, was die weitere Entwicklung in Griechenland angeht?

Pessimistisch zu sein in Bezug auf die Europäische Union als Ganzes, denn Griechenland ist nur ein Teil davon, hieße, das Feld denjenigen Kräften zu überlassen, die in der EU nur ein wirtschaftliches Projekt sehen — und nicht vornehmlich ein politisches und soziales. Die Menschen in Griechenland müssen seit nunmehr vier Jahren Blutzoll dafür zahlen, dass sie sich zur Geisel des Klientelismus haben machen lassen. Mag sich das politische System in Griechenland dadurch jahrzehntelang reproduziert haben, die großen EU-Staaten, allen voran Deutschland, haben sich dieses politische System als einen ihnen willfährigen Klienten gezüchtet und gepflegt.

Zwei Beispiele: Selbst vor dem Phantom des Staatsbankrotts für Hellas übte der damalige Bundesaußenminister Westerwelle Druck auf die Regierungen in Athen aus, sie sollten weiterhin deutsche Waffensysteme ordern — deutsche Finanzierung stünde dafür bereit. Noch vor einem halben Jahr zwang Präsident Hollande Athen die Anmietung von vier Fregatten auf, nur weil sie Frankreich nicht braucht, aber deren Unterhaltung sonst den französischen Staatshaushalt unnötig belasten würde. Gleichzeitig liefern dieselben Staaten seit Jahrzehnten Waffensysteme auch an die Türkei, "um das Gleichgewicht in der Ägäis zu wahren". Ein doppeltes Klientel-Verhältnis, das sich in der Schuldenkrise vorzüglich angeboten hat, sich das schwache Griechenland politisch noch gefügiger zu machen und es seiner menschlichen wie wirtschaftlichen Ressourcen zu berauben. Eine neuzeitliche Form von Großmachtspolitik innerhalb der EU unter dem Mantel der Partnerschaft, die zudem als Solidarität verkauft wird.

Ist denn dieses doppelte Klientelverhältnis allein daran schuld, dass Griechenland in diese schwierige Lage geraten ist? Nicht das Haushaltsdefizit, nicht die geminderte Wettbewerbsfähigkeit des Landes?

Natürlich nicht. Die Misswirtschaft der griechischen Regierungen in den Jahren vor der Krise und das jahrzehntelang betriebene doppelte Klientelssystem ist das Eine. Die Konstruktionsfehler des Euro, die in der allgemeinen Schuldenkrise nur manifest geworden sind, ist das Andere. Im Korsett der Währungsunion, d. h. ohne die Möglich-

keiten der Wechselkursanpassung infolge von Über- oder Unterbewertung einzelner Volkswirtschaften innerhalb der Währungsunion, gleichzeitig ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalpolitik, bildeten sich wirtschaftliche Ungleichgewichte unter den Mitgliedsstaaten. Dies führte zu Verlusten an Wettbewerbsfähigkeit bei wirtschaftlich schwächeren Ländern wie Griechenland, während andererseits Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzüberschüsse bei den starken Mitgliedern in der Währungsunion begünstigt wurden.

Mittlerweile ist dies von allen Fachleuten als der Sündenfall des Euro anerkannt worden. EZB-Präsident Mario Draghi spricht von der "unvollendeten Währungsunion", während Ökonomen wie der Nobelpreisträger Paul Krugman den Glauben der Europäer, die Krise sei durch unverantwortliche Haushaltsführung entstanden, "Europas Große Täuschung" nennt und davon überzeugt ist, dass der Euro selbst die Krise ausgelöst hat. Und Krugman gehört nicht zu den Gegnern der Währungsunion und des Euro.

Haben die europäischen think tanks die Folgen solcher Versäumnisse nicht voraussehen können? Oder sind die Risiken bewusst eingegangen worden? Ich weiß nicht, welche Annahme schlimmer wäre. Jedenfalls ist die Funktion des Euro als einigende Kraft verklärt worden; stattdessen gerierte er sich zu einer Art Waffe zur wirtschaftlichen Eroberung der Schwächeren in der Währungsunion.

Haben sich denn in dieser Situation die EU-Partner nicht solidarisch gegenüber Griechenland verhalten, als sie dem Land Hilfskredite gewährten, damit es nicht bankrott ging?

Die europäischen Partner haben zu wenig zu spät getan. Zu Beginn wäre die Krise um Griechenland mit einem viel geringeren Einsatz zu lösen gewesen. Aber ich erinnere an das unwürdige Spiel, als in Deutschland vor der NRW-Wahl im Mai 2010 Europapolitik als Innenpolitik betrieben wurde. Erst als klar wurde, dass die fehlende Solidarität unter den Europäern ihre Währung schwächte, nachdem sie doch Griechenland den Marktspekulanten zum Fraß vorgeworfen hatten — bei einer Zinshöhe von bis zu 28% kann man das nicht anders sagen — und echte Gefahr bestand, dass die Währungsunion auseinanderfliegt, handelte man.

Im Übrigen — das muss auch gesagt werden — ist kein einziger Euro des deutschen Steuerzahlers nach Griechenland überwiesen worden. Und Klaus Regling, der Chef des Euro-Rettungsfonds EFSF, stellt fest: "Für die Deutschen gibt es nur Gewinne." "Die Kreditzinsen, die wir kassieren, sind immer noch höher als unsere Kosten für die Kapitalaufnahme." Ansonsten leiht eine Bank niemandem Geld aus

Solidarität und bezeichnet den Kredit als Hilfe. Schon ihren Freiheitskampf gegen die Osmanen hatten die Griechen mit Krediten aus den westeuropäischen Ländern finanziert. Dieses Verhältnis Geber- und Nehmerländer hat sich in den nunmehr fast 200 Jahren seit 1821 nicht geändert. So gesehen war Griechenland für die Länder, die Bank spielten, immer ein guter Kunde. Zudem konnten die Geberländer Griechenland ihren politischen Willen auch in ganz anderer Hinsicht aufzwingen.

Bei dieser Schuldenkrise haben die Geberländer Athen wie ein bankrottetes Unternehmen behandelt. Sie erpressten Zugriffsrechte auf Staatseigentum und auch auf die Energieressourcen

des Landes, sie zwangen es, sich als Schuldner fremdem Recht und ausländischer Gerichtsbarkeit zu unterwerfen, d. h. letzten Endes seine staatliche Souveränität gegenüber seinen Gläubigern aufzugeben und bezeichnen das dabei für die Bevölkerung produzierte Elend zynisch als unumgänglich, weil angeblich nur so die griechische Wirtschaft wettbewerbsfähiger werde. Das hat nichts mit Solidarität aber viel mit Machtpolitik zu tun.

Im Übrigen kritisiert nicht nur die Opposition in Griechenland, dass es auch andere Wege als das Troika-Programm gegeben hätte, dem Land in der Schuldenkrise zu helfen. Sie sind nur nicht in Betracht gezogen worden. Jedenfalls überzeugt das Argument nicht, Griechenland hätte damals vor vier Jahren bei einer Schuldenquote von 124% keine Kredite auf dem Finanzmarkt aufnehmen können, wenn es genau dies jetzt kann — bei einer Schuldenquote von 175%, Tendenz 200%.

Welche anderen Optionen hätte es denn gegeben?

Angesichts des geschilderten Geburtsfehlers der Währungsunion hätte zunächst einmal rascher gehandelt werden sollen. Die EZB hätte griechische Staatsanleihen schon damals aufkaufen oder sonstige Garantien geben, der Schuldenschnitt hätte bereits 2010 vorgenommen werden sollen. Erst die Weigerung der finanzstarken EU-Mitglieder, Griechenland rechtzeitig zu helfen, d.h. die fehlende Solidarität zwischen den EU-Mitgliedern, ist Griechenland zum Verhängnis geworden. Die Selbstkritik der Akteure spricht die Antwort. So räumt der IWF nachträglich schwere Fehler bei der Griechenland-Rettung ein. Man habe die wirtschaftlichen Folgen des Spardiktats unterschätzt, was zusammen mit dem verspäteten Schuldenschnitt die Lage des Landes verschlimmert habe. Es fehlte damals der politische Wille, was Altkanzler Helmut Schmidt in einem Zeit-Interview erboste: "Der Teufel soll die europäischen Regierungschefs holen, wenn sie es nicht fertig brächten, Griechenland zu retten." Zauderten die politischen Führer in der EU, in der Schulden- und Eurokrise rechtzeitig zu handeln und versteckten sie sich hinter Formulierungen wie "wir müssen auf Sicht fahren",



**Auf dem Landesforum in Bochum am 19.11.2013 von links nach rechts:
Prof. Dr. Steffen Mau, Antonios Beys-Kamnarokos, Michael Hirz,
Dr. Tatjana Zimenkova**

denn es handele sich um unbekanntes Terrain, ärgerten sie sich später, als die EZB unter Präsident Mario Draghi im September 2012 unter medialem Sperrfeuer interessierter Kreise und einzig gegen die deutsche Stimme im Rat der Europäischen Zentralbank beschloss, unbeschränkt Staatsanleihen aufzukaufen — eine weise Entscheidung, wie sich herausstellen sollte, die den Euro stabilisierte. Das einzig richtige Signal, die einzige wahre politische Entscheidung — nicht von der Politik, sondern von der höchsten währungspolitischen Institution der EU getroffen. Womit die Verantwortung für die politische Einigung Europas von der Politik auf die EZB übergegangen ist.

Was hat Sie aus dem Vortrag von Prof. Mau am meisten beeindruckt?

Prof. Mau ist es in exzellenter Weise gelungen, wissenschaftlich das Dilemma, in dem die EU steckt, offenzulegen: Entweder gelingt es den neoliberalen Kräften, sich die EU untertan zu machen oder der gesellschaftliche Druck auf die Politik muss sich verstärken, wenn Europa die soziale Frage nicht vollends den Interessen des Kapitals unterordnen soll.

Bei der Podiumsdiskussion hatte man den Eindruck, dass alle Teilnehmer, also auch Sie, das Projekt EU grundsätzlich befürworten. Stimmt dieser Eindruck?

Die Idee eines geeinten Europas hat die Menschen an Sicherung des Friedens und an wirtschaftliche Prosperität glauben lassen. Heute fällt es einem schwer zu erkennen, dass dieses Projekt überall in Europa gesellschaftlichen Frieden verbreitet. Wir in ganz Europa sind aber dazu verdammt, das Friedensprojekt EU nicht scheitern zu lassen. Dazu ist es nötig, dass sich die soziale und wirtschaftliche Schere zwischen Nord und Süd aber auch innerhalb eines jeden Mitgliedstaates schließt und nicht weiter öffnet. Auch Deutschland sollte sich keine Unterbezahlung der Arbeit und Zunahme von prekären und Teilarbeitsverhältnissen leisten. Denn die Folge wird millionenfache Altersarmut sein. Das sind Sprengsätze an den Fundamenten der EU. Sie müssen entfernt werden.

Sie verkörpern sozusagen zwei Sichtweisen auf die EU, die griechische und die deutsche. Was muss aus griechischer und was aus deutscher Sicht geschehen, dass das Projekt EU positiv gesehen wird bzw. sich positiv entwickelt?

Das von der Troika Griechenland aufgezwungene Programm hatte zur Folge den massiven Abbau der Sozialsysteme, des öffentlichen Bildungswesens, der Forschung und die Verelendung selbst weiter Teile der Mittelschicht. In den vergangenen vier Jahren schrumpfte die griechische Wirtschaft um mehr als 25%, die offizielle Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 28%. Unter der jungen Generation sind sogar zwei von drei arbeitslos, was zu einem Exodus unvorstellbaren Ausmaßes von jungen Wissenschaftlern aller Sparten aus dem Land geführt hat. 40% der Menschen sind ohne Versicherung, denn das Krankenversicherungssystem ist zerschlagen worden; das Rentensystem folgt im kommenden Sommer. Es ist bezeichnend, dass eine Lebensmittelkette die Treue ihrer Kunden mit Impfgutscheinen für deren Kinder honoriert. Die Gewerkschaften sind faktisch zerschlagen, die Arbeitnehmer vollends entrechtet worden; sie haben keinen Kündigungsschutz mehr. Viele werden gekündigt und fortan auf der Basis von Ich-AGs weiterbeschäftigt. Versichern müssen sie sich selbst, denn ihre Arbeitgeber zahlen dann keine Sozialversicherungsbeiträge. Die OECD stellte vor Kurzem fest, dass der Prozentsatz derjenigen Haushalte in Griechenland, die sich die Grundnahrungsmittel nicht leisten können, höher ist als in China oder Brasilien. Kein Wunder, wenn 3,5 Millionen Menschen, die Arbeit haben, 11 Millionen durchbringen müssen.

Heute ist also Griechenland ärmer und um ein Vielfaches verschuldeter als vor der Krise. Aus der Demokratie ist deren Karikatur geworden; ins Parlament werden nur noch Gesetze eingebracht, die von der Troika diktiert und von den Abgeordneten der Koalitionsparteien bloß abgenickt werden. Ansonsten betreibt die Regierung im Namen von EU und Troika Umverteilung von unten nach oben und regiert auf der Grundlage von Verordnungen. Und damit dieser Zustand zementiert wird, soll demnächst sogar die Verfassung umgeschrieben werden. Über Nacht schloss die Regierung im vergangenen Juni in eklatanter Verletzung der Verfassung die profitable öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT und installierte erst nach Monaten einen primitiven TV-Sender als Abteilung des Informationsministeriums im Eigentum des Finanzministeriums. Bevor Ministerpräsident Samaras zugab, dass er den Sender abschalten ließ, weil er ihm wegen kritischer Berichterstattung missliebig geworden war, hatte er der verdutzten internationalen Öffentlichkeit erklärt, mit der Entlassung der 2700 Journalisten und Techniker sei er der Forderung der Troika nach Personalentlassungen nachgekommen. Nicht einmal die Militärjunta von 1967 hatte so etwas gewagt. Die Troika bestritt es. Aber kaum ein europäischer Politiker fand bis heute ein Wort der Verurteilung dieses Schritts zur Indoktrination der öffentlichen Meinung Goebbels'schen Schlages.

Trotz alledem sieht der weitaus größte Teil der griechischen Bevölkerung das Projekt EU immer noch positiv.

Was muss also Ihrer Ansicht nach getan werden?

Die Regierung in Athen soll ihre Hausaufgaben unter Wahrung der Verfassung effektiv erledigen. Aber auch die EU-Partner tragen eine Verantwortung für die Behebung der eben beschriebenen Zustände im Land. Nötig ist ein Moratorium, ein Rückzahlungsaufschub. Die Europäische Investitionsbank sollte konkrete Projekte finanzieren, damit die kaputtgesparte Wirtschaft genesen kann. Durch geeignete Maßnahmen der EU-Partner und eine expansive Geldpolitik der EZB sollte die Deflation in den krisengeschüttelten EU-Ländern wie Griechenland bekämpft und durch Stärkung der Kaufkraft in den Ländern mit hohen Handelsüberschüssen die Nachfrage von Gütern aus der südlichen Peripherie der EU gestärkt werden.

Was im Besonderen Deutschland angeht: Es sollte sich dafür einsetzen, dass die EU transparent und demokratisch wird. Das ist sie heute nicht. Dazu gehört, dass die Legislative gegenüber der Kommission als Exekutive signifikant gestärkt wird. Entscheidungen müssen in direktdemokratisch legitimierten Organen der EU und nicht in intergouvernementalen Gremien gefällt werden. Möglichst öffentlich. Hier trägt Deutschland eine große Verantwortung, weil es die Schulden- und Eurokrise nicht dazu genutzt hat, die EU-Institutionen zu stärken. Stattdessen hat Berlin mit Hilfe neu erfundener Gremien, wie den Eurogroup, die Gewichte in der EU zugunsten von Nationalstaaten verlagert. Das politische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands im Eurogroup oder in den nächtlich und fern jeglicher Transparenz tagenden Euro-Gipfeln lässt sich eben effektiver einsetzen als in den institutionalisierten Gremien der Gemeinschaft. Auch die Troika ist eine Konstruktion intergouvernementaler Abmachungen, die in keinem der Europäischen Verträge ihre Legitimation findet.

Griechenland erreichte zuletzt einen Primärüberschuss und nach vier Jahren des Ausschlusses aus den Finanzmärkten konnten wieder griechische Staatsanleihen platziert werden. Ist das alles nicht ein Hinweis darauf, dass es mit Griechenland wieder aufwärts geht – wie man doch von vielen Seiten hört?

Ein plumper Versuch, angesichts der Wahlen zum Europa-Parlament der europäischen Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, als würde die Eurokrise bald zu Ende sein und als könnte Griechenland seine Schulden tilgen.

Dass sich Griechenland wieder an die Finanzmärkte traute, ist nur den Garantien der EZB zu verdanken. Und was den Primärüberschuss von 0,8% angeht, so handelt es sich dabei um eine marginale Größe gegenüber den Schulden des griechischen Staates bei Lieferanten und Versicherungskassen von mehreren Milliarden Euro. Aus Brüsseler Sicht handelt es sich um einen "beachtlichen Fortschritt" und bestellte Marktforschungen diagnostizieren sogar "eine Hebung der Stimmung der griechischen Verbraucher". Den Lackmusest werden die anstehenden Europawahlen und die Wochen danach liefern. Was sich geändert hat, ist, dass sich Griechenland wieder weiterverschulden darf. Es ist ein nomineller Erfolg, der als Indikator zur Zinssenkung und Kreditlaufzeitstreckung führen kann, aber keine Verbesse-

rung der Lebensverhältnisse bringt und keine Perspektive für wirtschaftliche Erholung eröffnet.

Griechenland wird nur mit seinen Menschen — nicht gegen sie — wieder auf die Beine kommen. Das heißt, nur wenn wirtschaftliche Entwicklung befeuert wird, wenn Wachstum initiiert und die Arbeitslosigkeit drastisch zurückgedrängt wird, nur wenn wirkliche Reformen durchgeführt werden, werden die Staatsfinanzen genesen, werden soziale Gerechtigkeit und Demokratie zurückkehren. Wodurch sich nicht zuletzt auch die Schuldenquote verringern wird, denn die Staatsschuld steht ja immer im engen Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Dazu ist eine andere Politik erforderlich als die der schwarzen Pädagogik und der strikten Austerität, die die Wirtschaft weiter schrumpfen und die Steuereinnahmen sinken lässt.

Griechenland ist ja in dieses Programm gestellt worden, damit seine staatlichen Strukturen rasch reformiert, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger und so das Haushaltsdefizit verringert und die Defizitquote des Staatshaushalts herabgesetzt wird. Warum lässt der angestrebte Strukturwandel noch auf sich warten?

So etwas braucht sehr viel Zeit. Der Reformstau war seit langem bekannt. Die Schuldenkrise hat ihn nur sichtbar gemacht — wie auch das Versagen der politischen Klasse des Landes. Trotzdem mussten die Reformen im Eiltempo durchgeführt werden. Aber das politische Establishment, die beiden Regierungsparteien Nea Dimokratia und die Sozialisten der PASOK, verstrickt und gefangen im System des Klientelismus und einer weitläufigen Korruption, haben dabei die wichtigste Aufgabe noch nicht angepackt: Steuergerechtigkeit im Lande durchzusetzen.

Ihre Koalitionsregierung ist den einfachen Weg gegangen: Sie erhob untragbare Steuern auf die Gehaltsempfänger und die Lohnabhängigen, auf die Rentner und auf all jene, die in den eigenen vier Wänden wohnen. Sie drückte ruinöse Steuern auf das Eigentum an den Produktionsmitteln und nicht nur auf den Gewinn, wenn die Unternehmen welchen erzielen. Ihre Familienpolitik besteht darin, die Kinder als Indiz von Einkommen anzusehen und zu besteuern — nach dem Motto, wer sich Kinder leisten kann, der hat es! Und sie ist geradezu skandalös ungerecht vorgegangen: Sie lässt z. B. die Bauern 1,60 € pro Liter Diesel für ihre Traktoren zahlen, während die Reeder dafür nur 0,35 € zu entrichten brauchen. Das Heizöl hat sie so hoch besteuert, dass im Winter Menschen durch selbst gebastelte Holzöfen sterben. In dieser Politik der verordneten humanitären Krise kann ich beim besten Willen keine Reformen von staatlichen Strukturen erkennen. Die effektivste Reform wäre gewesen, die Kapital- und Steuerflucht zu bekämpfen. Das hat die Regierung nicht getan. Dafür sind in den vergangenen drei Jahren 8.000 Griechen zu Millionären geworden. Und noch ein Letztes: In Deutschland haben mehrere Bundesländer für viel Geld CDs mit Namen von Bundesbürgern angekauft, die ihre Gelder auf Auslandskonten deponiert haben und bekämpfen dadurch die Steuerflucht sehr erfolgreich. Anders in Griechenland: Die damalige Regierung unter Papandreou erhielt vor drei

Jahren eine solche CD von der französischen Regierung geschenkt — mit mehr als tausend Namen von mutmaßlichen Steueründern. Diese CD schwirrte zunächst zwei Jahre lang in Ministerschubladen herum, ehe ihre Existenz publik wurde. Die offenkundigen Manipulationen daran erregten die Öffentlichkeit und beschäftigten Untersuchungsausschüsse des Parlaments, verfolgt aber wurde bislang niemand. Ähnliche Behandlung erfuhr auch eine Anzahl weiterer CDs.

Eine vielleicht provokante Frage: Muss man eigentlich das Projekt EU positiv sehen? Wäre ein bisschen weniger EU nicht auch ein erstrebenswertes Ziel?

Weniger sollte sich die EU um den Krümmungsgrad von Gurken u. Ä. kümmern. Und viel mehr um die Vereinheitlichung der Rechtssysteme und um die Entwicklung von Strategien zur Angleichung der Leistungsfähigkeit unter ihren Mitgliedsstaaten, damit es eines Tages auch zur Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa kommt. Sie sollte eine Politik und Mechanismen entwickeln, die verhindern, dass Machtpolitik unter den EU-Mitgliedern ausgeübt wird. Die Europäische Union braucht keine hegemonialen Mächte. Und sie sollte sich dagegen verwahren, zu einem Vehikel zu verkommen für die Realisierung von großwahnsinnigen Ideen, von Interessen der Banken sowie verschiedener Unternehmer und Lobbyisten. Sie sollte schleunigst zu den Ideen und Prinzipien der Gründungsverträge von Rom zurückkehren.

Artikel-Annex

(Alle Zugriffe vom 7.5.2014)

Badinter, Robert “Sind wir Europäer alle meschugge geworden?” Ein Gespräch mit dem weisen Franzosen über die Krise in Paris und die Feigheit der Politiker FAZ, 28.4.2014
Barroso, José Manuel äußert Zweifel an einer Fortsetzung der bisherigen Sparpolitik, 23.4.2013 <http://de.nachrichten.yahoo.com/westerwelle-warn-abkehr-sparpolitik-091247213.html>
Blanchard, Olivier, Chefvolkswirt des IWF “Mal brennt es beim Nachbarn, mal im eigenen Haus”, Handelsblatt, 13.10.2013 — www.handelsblatt.com/technologie/das-technologie-update/themen-und-termine/jahrestagung-in-washington-iwf-warn-europaeer-vor-bequemlichkeit-seite-all/8918996-all.html

Draghi, Mario, Präsident der Europäischen Zentralbank, “Diese perverse Angst”, Spiegel-Gespräch, 30.12.2013 — www.spiegel.de/spiegel/print/d-124188062.html

Deutsche Wirtschafts-Nachrichten, Artikel, 130 Milliarden Euro Zinsen: Schulden-Dienst lähmt Südeuropa, 22.4.2014 — <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/04/22/130-milliarden-euro-zinsen-schulden-dienst-laehmt-suedeuropa/>
Flassbeck, Heiner, UNCTAD-Volkswirt, “Die EZB soll Leitzinsen senken”, Deutschlandradio 24.01.2008 — www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/729070/

Flassbeck, Heiner, “Um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, bedarf es einer strikten Bankenregulierung und der Stabilisierung des internationalen Währungssystems”, 28.1.2009 — www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/910991/

Flassbeck, Heiner “Gnade Gott den Deutschen”, ZDF-Interview, 11.6.2012 — www.heute.de/ZDF/zdfportal/web/heute-Nachrichten/4672/22958874/e99c42/Gnade-Gott-den-Deutschen.html

Flassbeck, Heiner / Lapavistas, Costas: "The systemic crisis of the euro — true causes and effective therapies", dt. Übersetzung von Chapter V: Conclusions der RLS-Studie, Mai 2013
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Kommentar von Werner Mussler, "Ist Griechenlands Defizit-Statistik frisiert?" Das sagt AfD-Chef Bernd Lucke. Aber der angebliche Skandal ist gar keiner, 23.4.2014 — www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-griechenlands-defizitzahlen-sind-kein-skandal-12907346.html

IWF räumt schwere Fehler bei der Griechenland-Rettung ein. 6.6.2013 — www.spiegel.de/wirtschaft/iwf-und-eu-streiten-ueber-fehler-bei-der-griechenland-hilfe-a-904239.html

Krugman, Paul, Wie der Euro gerettet werden kann. Ein Gastbeitrag — www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/nobel-preistraeger-paul-krugman-ueber-den-ausweg-aus-der-euro-krise-a-828724.html

Regling, Klaus "Bisher ist das Retten ein gutes Geschäft", FAZ 22.7.2011 — www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/klaus-regling-chef-des-euro-rettungsfonds-bisher-ist-das-retten-ein-gutes-geschaef-1503.html

Schmidt, Helmut, Zeit-Interview, 10.5.2011 — www.zeit.de/2011/41/

Sinn, Hans-Werner, Ifo-Chef: Kein Haushaltsüberschuss in Griechenland — www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/kein-haushaltsueberschuss-in-griechenland-hans-werner-sinn-wirft-troika-irrefuehrung-vor_id_3796176.html

Spiegel-Artikel, Streit über Griechenland-Hilfe: Das falsche Spiel des IWF, 6.6.2013 — www.spiegel.de/wirtschaft/iwf-und-eu-streiten-ueber-fehler-bei-der-griechenland-hilfe-a-904239.html

Swoboda Hannes, Mitglied der österreichischen SPÖ und Chef der SPE-Fraktion im Europaparlament erklärt Vorbehalte gegenüber deutschen Reformvorschlägen "Wenn Merkel das sagt, dann wird die Kommission das schon so machen", 24.10.2013 — www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/2296751/

Varoufakis, Yanis, "Die EU lügt die Menschen in Europa an. Die Bankenunion ist ein Witz, die Situation in Griechenland verheerend," sagt Ökonomie-Professor im Gespräch mit Andreas Sator, 25.4.2014 — <http://derstandard.at/1397521690935/Oeko-nom-Nie-war-Athen-so-bankrott-wie-heute>

Varoufakis, Yanis, Interview "Frau Merkel, Herr Schäuble — stecken Sie mit den Griechen unter einer Decke?", 29.4.14 — <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/04/29/frau-merkel-herr-schaeuble-stecken-sie-mit-den-griechen-unter-einer-decke/>

Wirtschaftswoche, Kommentar von Frank Doll und Gerald Cesar, Die Währungsunion ist eine Mogelpackung, Wirtschaftswoche, 19.4.2014 — www.wiwo.de/politik/europa/eurozone-die-waehrungsunion-ist-eine-mogelpackung-seite-all/9778728-all.html

Zeit-Kolumne, EU-Politik der Scheinheiligkeit, 29.4.2014 — www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/kolumne-europa-merkel

Antonios Beys-Kamnarokos war in Deutschland seit 1978 als Journalist für ARD-Anstalten und Korrespondent griechischer Medien, schließlich als Presseattaché der griechischen Botschaft tätig.

Ulrich Krüger ist Landesvorsitzender der DVPB NW.

Johannes Heisig

Regionalismus und Separatismus im westlichen Europa: Rückblick und Update

Vorbemerkung: Dieser Beitrag ist auf regionalistische und separatistische Bewegungen beschränkt, die demokratische Spielregeln zumindest bis unterhalb der Schwelle zur Gewaltanwendung einhalten. Nicht berücksichtigt werden Bewegungen, die zu terroristischer Gewalt für mehr Autonomie oder Sezession aus einem bestehenden Staatsverband greifen. Diese Einschränkung ist erforderlich, weil nur die Diskussion von Bewegungen auf dem Boden der jeweiligen Verfassung Aussagen über demokratische Transformation in der Gegenwart europäischer Nationalstaaten ermöglicht.

Etwa seit Mitte der 1960er Jahre formierten und betätigten sich in Staaten des westlichen Europas regionalistische Bewegungen und Parteien. Es sind überwiegend friedliche, zum Teil aber auch gewalttätige Vereinigungen. Klar politisch,

also auf Veränderung von Machtverhältnissen ausgerichtet, sind sie in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Belgien. Unpolitisch sind sie z. B. in Deutschland, wo die Friesen, Dänen und Sorben keine über kulturelle Belange hinausgehende Sonderstellung anstreben. Politik-, also Machtfragen wie jene, ob es in Ordnung sei, wenn die Sperrklausel-befreiten Abgeordneten des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) bei knappen Mehrheiten eine Kieler Landesregierung mittragen,¹ sind Kleinigkeiten

¹ Seit dem 3. Juni 2012 ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) Teil der in Schleswig-Holstein regierenden Koalition aus SPD, Grünen und SSW. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Südschleswigscher Wählerverband; www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42196/suedschleswigscher-waehlerverband?p=all